

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 5/45. Jahrgang

Mai 2014

Schutzgebühr: 0,40 €



Die Aktionen des DGB zum 1. Mai, an denen sich in Gießen etwa 800 Menschen beteiligten, standen in diesem Jahr im Zeichen der Auseinandersetzung um Mindestlohn und Rente, gegen das geplante „Freihandelsabkommen“ mit den USA, aber auch der Erinnerung an die beiden Weltkriege und der drohenden Kriegsgefahr in Osteuropa. Sichtbar vertreten auch die DKP mit Fahnen und Transparent.



NEIN zum Europa der Banken und Konzerne!

JA zum Europa der Solidarität und des Widerstands!

Am 25. Mai  **DKP wählen!**



Ostermarsch 2014 auf dem Frankfurter Römer

Inhalt:

| | |
|---------------------------------------|-----|
| Neue Montagsdemo/Ostermarsch | S.2 |
| LaGa-Wahnsinn/Blau-Weiß | S.3 |
| Willibald/Uniklinik/Mrd. verschenkt | S.4 |
| Wie sich die Medien ihrer Freiheit... | S.5 |
| Bundeswehreinätze und Linkspartei | S.6 |
| Leserbriefe | S.7 |
| EU-Wahl: Darum DKP wählen | S.8 |

Für Frieden und Sozialismus!



Was wollen die neuen Montagsdemonstrationen?

Mitte April tauchte plötzlich in Gießen eine Gruppe auf, die vorgibt, nun für Frieden eintreten zu wollen. Mit der Jahrzehnte alten (und leider geschrumpften) Friedensbewegung hat niemand von diesen Menschen bisher etwas zu tun gehabt.

Fünzig derartige Gruppen soll es in Deutschland mittlerweile geben.

Woher kommen diese neuen „Montagsdemonstranten“? Örtlich gesehen aus einem Umkreis von ca. 30 km. Warum treffen sie sich ausgerechnet montags bei den 3 Schwätzern, wo seit zehn Jahren gegen Hartz IV protestiert wird?

Warum bringen sie die Deutschland-Fahne mit? Inhaltlich gibt es viele Angebote: Frieden, saubere Luft, Abschaffung der Parteien, Ausschal-

tung der FED-Bank (USA), die für alle Kriege der letzten 100 Jahre verantwortlich sein soll. Willkommen sind alle unabhängig von Religion und politischer Richtung Esoteriker ...

Hier herrscht also ein buntes Durcheinander von Ideen und Vorschlägen. Warum diese zum Teil nette Menschen ganz plötzlich das Thema Frieden entdeckt haben, bleibt im Nebel. Sie alle folgen einem Aufruf in Facebook ähnlich wie ein zielgerichteter flashmob, nur ohne klares Ziel.

Hier hat sich nichts von unten entwickelt, wie Umweltschutzorganisationen, Antiatomkraftbewegungen, Antifa-Gruppen usw. Wer also hat von oben ein Interesse (welches?) und möchte möglichst viele Menschen dafür einspannen?

Von der SPD (und den Grünen) kennen wir die Taktik, sich in Bewegungen breit zu machen und die Führung übernehmen zu wollen oder gar eigene Gruppen zu gründen, womit ihre Austeritäts- und Kriegspolitik verdeckt werden soll.

Verfechter der „Spontaneität“ bei gleichzeitiger Ablehnung von Organisationen (Gewerkschaften!) besorgen das Geschäft der Herrschenden.

Die neuen Montagsdemonstranten wollen und können ihren Hintergrund und das von oben vorgegebene Ziel nicht erklären.

So gibt es Verdächtigungen und Antisemitismusvorwürfe, die sie wegen ihrer Geheimhaltung nicht entkräften wollen oder können.

Michael Beltz

In Gießen und Frankfurt: Friedensbewegung gegen drohende Kriege

Mehr Menschen als im vergangenen Jahr beteiligten sich an den Aktionen und Ostermärschen der Friedensbewegung. In Gießen fand bereits am Ostersamstag eine Kundgebung auf dem Kirchenplatz statt, die den 100. Jahrestag des Beginns des ersten und den 75. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges zum Thema hatte.

Im Mittelpunkt der Rede des DGB-Kreisvorsitzenden Klaus Zecher stand die aktuelle Kriegsgefahr in der Ukraine, wobei er die US-amerikanische Kriegs-Politik der letzten Jahrzehnte ansprach. Auch in der Ukraine seien Deutschland, die EU und die USA parteiisch auf Seiten Kiews. Wenn es der EU und der USA gelänge, die Westukraine, die Kornkammer Europas, wirtschaftlich auszubeuten würde eine große Dominanz dieser beiden Wirtschaftsmächte auf dem Weltmarkt für Weizen entstehen. Bei diesem, wie vielen anderen Konflikten handele es sich um einen Krieg um Nahrungsmittel und Rohstoffe.

Auch die Abschlußkundgebung auf dem Frankfurter Römer war mit 3000 Teilnehmern besser besucht als letztes Jahr.

Haupt-Losung der hessischen wie auch der Gießener Aktionen war die

Insel Grenada mit Maurice Bishop eine Regierung mit einem sozialistischen Programm die Arbeit aufnahm, befürchteten die USA ein zweites Kuba. Also überfielen sie im Oktober 1983 mit 15.000 Soldaten die Insel, ließen den Präsidenten ermorden und hievten eine genehme kapitalistische Regierung ins Amt. Schon war das Problem gelöst. Auch für diesen völkerrechtswidrigen Coup sind die USA nie zur Verantwortung gezogen worden.

Die Losung ist aber auch noch aus einem weiteren Grund falsch. Sie suggeriert, Kriege würden begonnen, um ein Problem zu lösen. Bekanntlich werden Kriege jedoch geführt, um die Macht der Imperialisten auszuweiten, um den „Zugang zu den Weltmärkten und Rohstoffen zu sichern“, wie es auch offen in den Richtlinien der Bundeswehr formuliert ist. Mit herbei gelogenen „Problemen“ in Afghanistan, in Jugoslawien, im Irak, in Libyen, Syrien... wurden Kriege mit Millionen Toten geführt. Der Kapitalismus löst keine Probleme, sondern schafft sie. Er ist das Problem.

Erika Beltz



Klaus Zecher während seiner Rede vor etwa 150 Menschen bei der Kundgebung des Gießener Friedensnetzwerkes auf dem Kirchenplatz

gutgemeinte aber irreführende Feststellung: „Krieg löst keine Probleme.“ Der Imperialismus hat schon viele „Probleme“ mit Krieg gelöst. Als z.B. Ende der 70er Jahre auf der Karibik-

LaGa: "163 Tage Wahnsinn"

Mit ihrem Spruch „163 Tage Wahnsinn“ hat Bgm. Weigel-Greilich höchstpersönlich das Drama „Landesgartenschau“ beschrieben, das sich nicht nur auf die Wieseckau beschränkt, sondern inzwischen ganz Gießen in Mitleidenschaft zieht: Mit „Kunstleitpfosten“, primitiven Holzbänken und überdimensionierten Blumenkästen wurde die Stadt richtigge-

fragt. Als Zeichen des Protestes und der Trauer ließen sie 150 schwarze Luftballons steigen – rechtzeitig bevor der Regenguß niederging. Ebenso traurig war der Besuch der Bimmelbahn: mehr als 6 Insassen konnten nicht gezählt werden. (G. Weigel-Greilich, die diesen Begriff nicht mag, will einen anderen Namen; uns wurde vorgeschlagen: "Bimmel-



lieschen" oder "Bimmellinde")

1-€-Jobber auf der LaGa

Damit die LaGa nicht so viel Miese macht werden auch 1 - € - J o b b e r zwangsverpflichtet für 1.30 € pro Stunde-Beider LaGa in Bad Nauheim vor vier Jahren wurden noch 1.50 € bezahlt. Auch der "Sonntagszu-

schlag" wurde gestrichen. hend zugepflastert. Und doch hat alles nicht überzeugt: Am Eröffnungswochenende sollen 7700 Menschen auf der LaGa erschienen sein (wovon die 500 geladenen Gäste abzuziehen sind). Mitglieder der BI „Stopp diese Landesgartenschau“ waren mit Flugblättern und phantasievoller Kleidung präsent und als Interviewpartner ge-

schlag" wurde gestrichen.

Alles genehmigt?

Daneben erlaubt sich die LaGa eine Menge weiterer Schnitzer: NATO-Draht (wegen seiner Widerhaken nur in 2,50 m Höhe erlaubt) wurde zeitweise zu ebener Erde gespannt und gefährdete Menschen und Tiere. Wachpersonal ließ Hunde frei laufen



Was wird mit Blau-Weiß?

Laut Vertrag soll der Sportplatz an der Ringallee am 30. Juni 2015 dem Verein zurück gegeben werden. Das war und ist wohl die ehrliche Antwort der Stadtregierung.

Es bedurfte jedoch eines Antrages von mir, um nun zu erfahren, dass ein Kunstrasen 900.000 Euro kosten würde und im Vertrage auch nicht festgelegt worden sei. Warum diese Antwort? Ein Kunstrasen kostet nach entsprechenden Informationen 500.000 Euro und wird von der Stadt nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Ein Tennenplatz (Hartplatz) soll für den „Unterschichtverein“ (GRÜNE) ausreichen. Auch der Hinweis, dass der Verein 430.000 Euro aufbringen müsse, ist eine Frechheit. Welcher kleine Amateurverein der B-Klasse hat so viel Geld? Da musste Herr Nübel (SPD) die OB so fragen, dass die Illusion entstehen konnte, die SPD woll Blau-Weiß helfen – trotz Rettungsschirm.

Michael Beltz

Dieter Süverkrüp zum 80. Das Lied vom Baggerführer Willibald

Es ist am Morgen kalt
Da kommt der Willibald
Und klettert in den Bagger
Und baggert auf dem Acker
Ein großes Tiefes Loch –
Was noch?

Na ja, so fängt das an!
Dann kommen alle Mann
Sie bauen erst den Keller
Dann bau'n sie immer schneller
Was kommt dabei heraus?
Ein Haus!

Und in das Haus hinein
Zieh'n feine Leute ein!
Die Miete ist sehr teuer –
Kost' siebenhundert Eier!
Wer kriegt die Miete bloß?
Der Boss!

Der Boss kommt groß heraus
Dem Boss gehört das Haus
Dem Boss gehört der Acker
Der Kran und auch der Bagger
Und alles was da ist –
So'n Mist!

Der Boss steht meistens rum
Und redet laut und dumm
Sein Haus das soll sich lohnen!
Wer Geld hat, kann drin wohnen –
Wer arm ist darf nicht rein!
Gemein!

Der Willibald kriegt Wut
Er sagt: "Das ist nicht gut!"
Er steigt auf eine Leiter:
"Hört her, ihr Bauarbeiter
Der Boss ist wie ihr seht
Zu blöd!"

Sein Haus das bauen wir!
Was kriegen wir dafür?
Der Boss zahlt uns den Lohn aus –
Die Miete für sein Wohnhaus
Die ist in unsrem Lohn
Nicht drinn!

Das hat doch keinen Zweck –
Der Boss geht besser Weg!
Dann bau'n wir für uns selber
Ein schönes Haus mit Keller!
Da zieh'n wir alle ein –
Au fein!"

Wie Willibald das sagt
So wird es auch gemacht!
Die Bauarbeiter legen los
Und bauen Häuser, schön und groß
Wo jeder gut drinn wohnen kann
Weil jeder sie bezahlen kann!
Der Baggerführer Willibald
Baut eine eine neue Schwimmanstalt
Da spritzen sich die Leute nass –
Das macht sogar dem Bagger Spaß!



Uniklinikum: Die Misere geht weiter

Die Rhön AG, Eigentümer des Uniklinikums Gießen-Marburg (UKGM), kann der neuen schwarz-grünen Landesregierung genauso auf der Nase herumtanzen wie sie es bei der vorigen schwarz-gelben tat. Angesichts der weit verbreiteten Unzufriedenheit bei Personal, Patienten und Bevölkerung über die Zustände am Klinikum wurde vor etwa eineinhalb Jahren eine Vereinbarung zwischen Landesregierung und Rhön AG beschlossen. Kein einziger vereinbarter Punkt wurde bisher in die Tat umgesetzt. Es gibt kein Ende des Stellenabbaus, stattdessen trickst die Geschäftsführung und rechnet geleistete Überstunden in Stellen um. Die zwei Sitze, die das Land im Aufsichtsrat erhalten sollte, sind noch nicht besetzt. Das Partikeltherapiezentrum in Marburg ist immer noch nicht in Betrieb. Wenn es überhaupt mal die Arbeit aufnimmt, wird der Betreiber das Krebsforschungszentrum der Uniklinik Heidelberg sein. Beim geplanten Dreiecksgeschäft zwischen Siemens (Hersteller und derzeitiger Eigner der Anlage), dem UKGM und Heidelberg will die Rhön AG sogar noch einen Gewinn von ca. 30 Millionen Euro

herausschlagen. Profit geht einer Aktiengesellschaft über alles, wie sollte es anders sein.

Dazu paßt auch, daß innerhalb des UKGM verschiedene Abteilungen zu sogenannten Kompetenzzentren zusammengelegt werden und Patienten in freie Betten anderer Abteilungen verlegt werden sollen. Die Kliniken können dann ihre Kapazitäten besser auslasten, für die Patienten verringert sich die Qualität der Pflege und für das Personal wird es schwerer, wenn ihre Patienten auf verschiedene Bettenstationen verteilt sind. Gewinnorientiertes Handeln hat in der Krankenversorgung nichts verloren, das Wohl der Patienten muß im Vordergrund stehen.

Die vom damaligen Ministerpräsidenten Koch und seinen marktradikalen Kumpanen von der FDP vorangetriebene Privatisierung war ein Mißgriff. Die Rhön AG hat keine ihrer damaligen Zusagen eingehalten. Aus dem UKGM ist kein Leuchtturm, sondern ein abschreckendes Beispiel geworden. Die Kliniken müssen so schnell wie möglich wieder in öffentliches Eigentum überführt werden.

Gernot Linhart

Schäuble verschenkt Milliarden

Den Massenmedien war es nur ein paar kleine Meldungen wert: Aktienhändler in Banken und Börsen haben in den letzten Jahren eine Gesetzeslücke entdeckt und mehrere Milliarden Euro Steuern nicht bezahlt, sondern kassiert. Bei mehrmaligem schnellen Hin- und Her-Verkauf von Aktien am Fälligkeitstag der Dividende haben sie nur einmal Steuern bezahlt, aber für alle Käufe diese wieder zurückgefordert. Möglicherweise haben sie sich damit weder strafbar gemacht noch müssen sie ihre Beute zurückzahlen – der fehlerhafte Gesetzestext machte es möglich. Nicht mal der Bundesfinanzhof konnte die Sache endgültig klären. Ein Finanzminister, der ein so schlechtes Gesetz zu verantworten hat, müßte eigentlich zurücktreten. Über angeblichen oder tatsächlichen Mißbrauch von Sozialleistungen berichten die Medien gerne und ausführlich – aber alle diese Fälle zusammen sind ein Klacks gegen den Milliarden Schaden durch die Aktienhändler.

Gernot Linhart

Wie sich die Medien ihrer Freiheit begeben

Es ist erschreckend, wie uniform unsere deutschen Medien, Presseorgane, Fernsehsender usw. auf die Ereignisse in der Ukraine reagieren. Das zeigt einen Abbau von Demokratie, obwohl uns ständig deren hervorragendes Funktionieren eingeredet wird.

Aus der Reihe tanzen nur wenige, deren Blätter von interessierten Individualisten gelesen werden, etwa Gremliza in „Konkret“ oder Jakob Augstein, Chefredakteur des „Freitag“, der schreibt: „Der Ost-West-Konflikt lebt wieder auf. Aber die Kalten Krieger sitzen nicht im Kreml, sondern in Washington, in Brüssel und in Berlin.“ Nebenbei, da sind dann noch Einzelpersonen, die einfach politisch erfahren sind. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt betont, dass Russland seiner politischen Einkreisung nicht tatenlos zusehen kann, Gerhard Schröder weiß nur zu gut, dass Deutschland sich unter seiner Führung am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien beteiligt hat, der ohne UNO-Mandat erfolgte.

Jetzt in der Ukraine wurde mit EU-Unterstützung gegen den Präsidenten Janukowitsch geputscht, über dessen Verantwortung für Korruption und Vetternwirtschaft wir nicht zu streiten brauchen. Doch nun regiert in der Ukraine eine Marionette der Frau Timoschenko und kein vernünftiger Mensch kann glauben, dass jetzt der Herrschaft der Oligarchen

ein Ende gesetzt wird. Dass Russland der Gefährdung des Ausgangs seiner Flotte auf der Krim zum Schwarzen Meer nicht reaktionslos hinnehmen würde, war auch jedem politisch Vernunftbegabten klar. Die USA und EU nahmen das Hochschaukeln der Kriegsgefahr sehenden Auges in Kauf.

Da schreibt der Journalist Dirk Kurbyuweit im „Spiegel“, dass die westlichen „Demokratien“ engelsgleich nur auf Frieden setzen und also gegenüber den stets kriegerischen „Diktatoren“ immer den kürzeren ziehen. Wer hat eigentlich die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki geworfen,



als Japan schon kapitulationsbereit war? Wer versuchte Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben? Wer behandelt Lateinamerika als seinen eigenen Hinterhof und hat am 11. September 1973 geholfen, den gewählten Präsidenten Salvador Allende wegzuputschen (einem Datum, dessen keiner mehr gedenkt)? Wer führte

Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen. (Lenin, 1913)

Krieg zur Zerstückelung Jugoslawiens? Wer zerstört sinnlos Afghanistan und Libyen? Die herrschenden westlichen Staaten sehen die Welt

als ihre Kolonie, die sie mit der Phrase von „Freiheit und Demokratie“ in den globalen Monopolkapitalismus einordnen wollen. Sie betrachten die Welt als ihr innenpolitisches Gebiet, in dem sie nach Belieben Polizeiaktionen durchführen. Es geht nicht darum, ob Putin „ein lupenreiner Demokrat“ ist (so Schröder früher). Als Gorbatschow die Sowjetunion liquidierte, hatte er den Beifall der westlichen Politik und Medien, wie später der Clown Jelzin. Wenn Putin, weiß Gott kein Kommunist, bei der Wahrnehmung der Interessen seines Landes der westlichen expansiven Globalstrategie im Wege steht, vergessen die Medien bei uns ganz schnell ihren demokratischen Auftrag zur wahrheitsgemäßen Unterrichtung der Öffentlichkeit. Klaus Mewes

Die Tageszeitung

jungeWelt

drei Wochen probelesen?

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 0 30/53 63 55 50

Das Probeabo ist kostenlos und endet automatisch.

Eine hervorragende aktuelle Berichterstattung (nicht nur) über die Kämpfe in der Ukraine bringt die Tageszeitung "junge Welt"

Ihr Markenzeichen:

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

Meinungsfreiheit bei N24

"Liebe Nutzer, bitte halten Sie sich beim Verfassen von Kommentaren an unsere Nutzungsbedingungen! N24 duldet keine prorussischen bzw. antiamerikanischen Kommentare, diese werden unverzüglich von uns entfernt!"

Die Bundeswehr im Mittelmeer

5 Abgeordnete der Linkspartei stimmten für den Einsatz

Am 9. April hat der Bundestag mit breiter Zustimmung der Entsendung einer Fregatte ins Mittelmeer zugestimmt, angeblich zum Schutz von Schiffen, auf denen syrische Chemiewaffen zerstört werden. Auch 5 Abgeordnete der Linkspartei haben zugestimmt (18 enthielten sich, 35 stimmten dagegen).

Dazu erklärte der DKP-Vorsitzende Patrick Köbele: *"Wie in anderen Konflikten ist Deutschland auch dieses Mal keine Friedenskraft. Die deutsche Bundesregierung deckt diplomatisch die offene Aggression der Türkei gegen Syrien und hält dem NATO-Partner militärisch den Rücken frei mit der Stationierung deutscher Patriot Flugabwehrsysteme an der Grenze zu Syrien. In diesem Kontext ist die Entsendung der Fregatte als das einzuordnen, was sie ist: ein weiterer Kriegseinsatz der Bundeswehr mit dem Ziel, den Einfluß des deutschen Imperialismus im Mittelmeer militärisch zu erhöhen. Deshalb sagt die DKP auch zu diesem Bundeswehreininsatz konsequent NEIN."*

14 Abgeordnete der Linkspartei begründeten in einer persönlichen Erklärung (nachzulesen hier: <http://linksfraktion.de/reden/nein-deutschen-marineeinsatz-mittelmeer/>) ihre Ablehnung.

Gregor Gysi schrieb einem Echo-Leser Folgendes:

Lieber ...
vielen Dank für die Nachricht vom 7. April. - Ich denke, dass Ihr Euer Misstrauen abbauen müsst. Obwohl das Abstimmungsverhalten zum Schutz der Vernichtung von Chemiewaffen unterschiedlich war, hat die Fraktion am nächsten Tag geschlossen gegen den Einsatz der Bundeswehr in der zentralafrikanischen Republik gestimmt. Die Vernichtung von Chemiewaffen ist etwas anderes als andere Vorgänge. Was Ihr gleich befürchtet und unterstellt, halte ich für absurd, zeigt aber, wie sehr das Verhalten in unserer Partei von Misstrauen geprägt ist.
Mit solidarischen Grüßen,
Gregor Gysi



Gelungene Mai-Veranstaltung der DKP

Mit gut 40 Interessierten war die Mai-Veranstaltung der DKP am 26. April im Café Amelie recht gut besucht – auch für einen Samstag Abend. Nach der Begrüßung durch Helmut Appel, der auch zur Teilnahme an den Aktionen des DGB am 1. Mai aufrief, berichtete Michael Beltz kurz über die kommunalpolitischen Schwerpunkte in Gießen, die insbesondere durch den Kürzungswahn des „Schutzschirms“ auf der desolaten Haushaltslage liegen.



Achim Bigus

In seiner Mai-Rede ging der Gewerkschaftssekretär Andreas Görke vor allem auf die laufenden und abgeschlossenen Tarifrunden ein, wobei er betonte, daß für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die ihre Kampfbereitschaft bewiesen hatten, ein besseres Ergebnis hätte erreicht werden können. Des weiteren kritisierte er die verwässerte Umsetzung des Mindestlohnes, der mit 8,50 Euro ohnehin an der Armutsgrenze liegt. Auch warnte er vor der Zuspitzung der Auseinandersetzung in der Ukraine, für die auch die deutsche Bundesregierung wesentliche Verantwortung trägt und die damit wachsende Kriegsgefahr. Anschließend begeisterte Achim Bigus mit seinem Arbeiterlieder-Programm, das er nicht nur gekonnt vortrug, sondern auch mit den Überleitungen einen kleinen historischen Abriß der Arbeiterbewegung vermittelte. Dazwischen forderte er in seinen „Werbeblöcken“ zur Wahl der DKP bei den EU-Wahlen sowie zur Teilnahme am UZ-Pressfest der DKP auf. Selbstverständlich konnte besonders bei den „Klassikern“ viel mitgesungen werden, wurden Zugaben erklatscht und zum Ausklang die Internationale angestimmt.

Redaktionsschluß für das Juni-Echo: Di., 27.05.2014

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwortlich: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr. 193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de Ich möchte:
O das Gießener Echo abonnieren
O das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....

Adresse:

.....

e-mail:



Leserbriefe

Grundgesetz und Realität

Nicht nur, aber insbesondere am Jugoslawienkrieg vor 15 Jahren wird deutlich, wie auch unter einer SPD/Grünen-Regierung das Grundgesetz (GG) getreten wird. Heute wiederholt sich dies aktuell unter der GROKO mit dem AWACS-System in der Ukraine. Wie richtig erweist sich die Beurteilung des damaligen KPD-Vorsitzenden Max Reimann, dass die KPD das GG ablehnte, sie (jetzt die DKP) aber die ersten sein werden, die das GG verteidigen werden. So z.B. Artikel 26, Abs. 1: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen." - Was hat dieses GG noch mit der Realität zu tun? Uwe Moldenhauer

Zur „Barmer GEK“

Hier fehlt die weitergehende grundsätzliche Forderung, die gestellt werden sollte: Eine einheitliche BRD-weite Kranken-/Pflegeversicherung für alle – analog zum britischen National Health Service (NHS) der nach dem 2. Weltkrieg durch die Labour-Regierung (als die Labour-Party noch etwas Labour war) ins Leben gerufen wurde. Warum diese Vielzahl von „Ersatzkassen“ mit ihren verwirrenden Zusatzangeboten für die Versicherten? Da die Ersatzkassen öffentlich-rechtlichen Status haben, spricht es nichts dagegen, eine einheitliche Krankenkasse an deren Stelle zu schaffen, alle Argumente sprechen dafür. Der britische NHS betreibt auch ein Netzwerk von Gesundheitszentren, in denen die Ärzte als Angestellte arbeiten. Dies sollte auch hier erfolgen, auch als Gegengewicht gegen die Diktatur der Privatpraxis... Name ist der Redaktion bekannt

Russenphobie

Während die NATO für die Hälfte der Militärausgaben weltweit verantwortlich ist, machen Russlands Militärausgaben höchstens ein Zehntel der militärischen Gesamtausgaben der NATO aus. Also alles Panikmacherei zu Gunsten der Rüstungskonzerne. Volker Brecht

Nur Kollateralschäden

"Ohne Deutschland wäre der Drohnenkrieg der US-Militärs nicht möglich", wird der Ex-Drohnen Pilot Brando Bryant in der ARD-Panorama-Sendung vom 3. April d. J. zitiert!

Das geschieht von der US-Basis Ramstein ganz in der Nähe von Kaiserslautern aus global. In Pakistan und Jemen sind seit 2004 bis heute dadurch 1.000 Zivilisten ermordet worden, so das Magazin. Es handele sich offiziell um Kollateralschäden! Falk Moldenhauer

Real-Satire der Gießener Arbeitsagentur

Als freiwillig in die Arbeitslosenversicherung einzahlender Freiberufler wurde ich von der Arbeitsagentur Gießen angeschrieben, daß ich einen Fehlbetrag bei meiner letzten Überweisung hätte und diesen Fehlbetrag dringend ausgleichen müsse, um nicht meine Versicherungsleistung zu gefährden. Der Fehlbetrag war: 0,05 Euro, in Worten Fünf Cent. Ich habe den Betrag umgehend auf das Konto der Arbeitsagentur in Nürnberg bei der Bundesbank überwiesen, habe nicht um Ratenzahlung und/oder Stundung gebeten und hoffe, daß der Bundeshaushalt durch meine prompte Zahlung nicht in Schieflage geraten ist. Nein, es ist kein satirischer Beitrag, die Realität ist doch immer besser als die erdachte Satire. Name ist der Redaktion bekannt

Unsoziale EU
ihr Kaltblick verungeheuert
seit Lampedusa
zum Blick der Medusa
Jürgen Riedel

Handy am Bett
Chef klingelt
Profitgier schläft nicht
Janina Niemann-Rich



Liebe Leserinnen und Leser,

wir bedanken uns herzlich für alle eingegangenen Spenden und bitten nochmals um Überweisung der Abo-Gebühren und um weitere Spenden. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere On-line-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages. Konto siehe Impressum auf S. 6

Es grüßt mit herzlichem Dank
Die Echo-Redaktion

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

**Woche für Woche
Antikriegszeitung**

Wochenzeitung der DKP

**10 Wochen
kostenlos testen**

CompressVerlag, Hoffnungs-
Str. 18, 45127 Essen

EU-Wahl: Mit der DKP für Solidarität und Widerstand

In allen Ländern der EU werben die staatstragenden Parteien mit den gleichen Lügen um Stimmen: Die EU sei ein Garant des Friedens, sie werde alle Krisen meistern und Wohlstand schaffen, nur die EU könne Nationalismus überwinden.

Dabei ist es die EU, die Solidarität verhindert und die Völker gegeneinander ausspielt. Die EU dient dazu, die bundesdeutsche Politik des Sozialabbaus anderen Mitgliedsstaaten aufzuzwingen. Wo sich die Menschen gegen diese unsozialen Angriffe wehren, setzen die Herrschenden demokratische Rechte außer Kraft und antworten mit Polizeigewalt.

Das wiederum ermöglicht reaktionären und faschistischen Parteien, mit demagogischen Parolen ihren Einfluß zu vergrößern. Sie tun zwar so, als würden sie vor allem gegen die EU-Führung kämpfen, tatsächlich aber lenken sie von der Verantwortung der Herrschenden in EU und

Regierungen für Armut und Verelendung ab und richten die Wut auf Immigranten, Minderheiten, Gewerkschaften.

Sie schwächen den Widerstand der Werktätigen, Erwerbslosen, Studenten und anderen Aktivisten gegen Sozialabbau und Entrechtung. Ihre Hetze gegen Einwanderer und Minderheiten kommt den Herrschenden sehr gelegen die mit der Bekämpfung von Flüchtlingen und Kürzungen von Sozialhilfe genau das gleiche tun.

Ein typisches Beispiel ist die sogenannte Alternative für Deutschland (AfD). Diese Partei gilt als EU- und Euro-kritisch, in ihrem Wahlprogramm fordert sie aber einen härteren Euro ohne wirtschaftlich schwache Länder, noch mehr deutschen Einfluß in der EU und Abschottung gegenüber Einwanderer.

Wie wohlgesonnen die Spitzen der EU reaktionären und faschistischen Gruppen sind hat sich in der Ukraine gezeigt. Dort bekamen diese Gruppe

genau die Rolle zugewiesen, die ihnen im Fall einer ernsten Krise auch bei uns zugedacht ist.

Für jeden, der gegen eine EU der Banken und Konzerne und für ein Europa der Solidarität und des Widerstandes ist gibt es am 25. Mai nur eine Wahl: die DKP. Gernot Linhart

Sendetermine der DKP-Wahlspots

ARD: Freitag, 09. Mai 2014, 17.58 Uhr

ZDF: Dienstag, 06. Mai 2014, 17.55 Uhr, Mittwoch, 21. Mai 2014, 22.10 Uhr

und bei youtube:

<http://www.youtube.com/watch?v=Yb9Q3rEeugA&feature=share>

Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

Der Kommunist Emil Carlebach

Zum 100, Geburtstag von Emil Carlebach (1914 - 2001)

Samstag, 17. Mai 2014, 18 Uhr

DGB-Haus Frankfurt, Wilhelm Leuschner Str. 69-77

Begrüßung

Lied: *Sacco und Vanzetti*

"Die vier Leben des Emil Carlebach"

von Georg Fülberth

Ein Zeitzeugenbericht

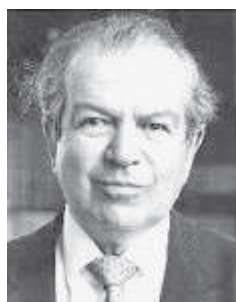
Emil hat das Wort (2 kurze Video-Beiträge)

Erich Schaffner

setzt das Leben Emil Carlebach in die Zeit, in der er gelebt hat - mit Liedern, Texten und Gedichten am Klavier begleitet von

Georg Klemp

Gemeinsamer Abschluß *"Die Internationale"*



Samstag, 28. Juni:

**Konzert mit
Konstantin Wecker
außerdem:**

Esther Bejarano & Microphone Mafia, Kai Degenhardt, Erich Schaffner, Quijote, Klaus der Geiger.

Casa Cuba, Internationale Stände von 50 Organisationen und Parteien.

Konzerte & Kabarett, Kinderfest & Clownerie, Jugendbereich & Frauenprogramm, Äpfelwoi & Handkäs, Spießbraten & Vegane Schnitzel, Internationale Spezialitäten, Zeltplatz & Strand zum Chillen. Infos hier:



**Spendet für das
Fest der Solidarität!**

Spenden bitte an: DKP-Parteivorstand
Konto-Nr.: 4002 487 501

GLS Bank Bochum, BLZ 430 609 67
Stichwort: "UZ-Pressfest"